



Veröffentlicht auf *Nachrichten der Ortenau - Offenburger Tageblatt* (<http://www.bo.de>)

»Dummheit und Hass sind keine Erfindung des Internets«

25.09.2016

Auf Facebook und Twitter sind Beleidigung und Hass an der Tagesordnung. Thomas Fischer, Vorsitzender Richter am 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, sagt im Interview mit der Mittelbadischen Presse, dass dahinter auch ein kultureller Wandel liege. Der Anonymität im Netz steht er deshalb skeptisch gegenüber.

Interview mit BGH-Richter Thomas Fischer

Anonymität im Internet sollte eingeschränkt werden / Mehr Sicherheit, weniger Freiheit

Herr Fischer, auf Facebook und Twitter sind Beleidigung und Hass an der Tagesordnung. Politiker fordern Gesetzesverschärfungen. Würde das helfen?

Fischer: Ich glaube nicht, dass das eine Frage von strengeren Gesetzen ist. Die Gesetze sind so, wie sie sind. Die Explosion von Hass und Herabsetzungen kommt daher, dass das Internet eine scheinbar perfekte Anonymisierung gestattet oder zumindest das Gefühl von Anonymität. Die Leute schreiben zuhause in ihren sicheren Räumen und glauben, von dort in die Welt schimpfen zu können. Das unterstützt die Tendenz, Grenzen zu überschreiten. Aber Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung sind strafbar, im Internet und im analogen Leben.

Liegt diesen Ausbrüchen nicht auch ein gesellschaftlicher Wandel zugrunde?

Fischer: Ja. Zum einen ein kultureller Wandel. Kommunikation findet heute auf der ganzen Welt statt und mit unermesslich vielen Personen. Sie wird allumfassend, aber auch banaler. Zum anderen schreitet die persönliche Isolation fort, die Gemeinsamkeiten bei den Menschen schwinden. Früher gab es das gemeinsame Fernsehprogramm, über das am nächsten Morgen alle sprachen. Alle schauten die Tagesschau. Heute gibt es kein gemeinsames Level mehr. Der Großteil der Menschen konsumiert auf 100 Fernsehprogrammen unterschiedliche Wirklichkeiten. Filme zeigen oft irrealen Figuren. Krieg wird im Fernsehen oder im Computer geführt. Das alles relativiert den Begriff von Wahrheit.

Aber früher hetzten die Menschen an Stammtischen.

Fischer: Dummheit und Hass sind keine Erfindung des Internets. Was man früher am Stammtisch gesagt hat, bläst man jetzt hinaus in die Welt. Aber das lesen viele Menschen, die sich in einer völlig anderen kommunikativen Situation befinden und daraus Informationen gewinnen. Denn im Internet sind alle Beiträge erstmal gleich.

Das Internet demokratisiert also auch. Erstmals können alle Bürger ihre Meinung artikulieren.

Fischer: Da stimme ich Ihnen zu. Das Ergebnis der digitalen Revolution ist nicht nur eine Explosion von Pornographie und Hass. Das sind Schattenseiten, wie sie andere technische Entwicklungen auch mit sich gebracht haben. Es gibt jede Menge Möglichkeiten, mit Autos Verbrechen zu begehen. Trotzdem gehen wir nicht zurück zum Eselskarren. Das Internet hat eine außerordentlich stark demokratisierende Funktion.

Wo verläuft die Grenze zwischen freier Meinungsäußerung und »Hate Speech«?

Fischer: Diese Grenze verläuft im Niemandsland. Dieselbe Frage wäre: Wo verläuft die Grenze zwischen Kunstfreiheit und Pornografie? Das Bundesverfassungsgericht hat schon vor vielen Jahren gesagt, dass das eine fiktive Grenze ist. Es gibt nicht nur Pornografie auf der einen und Kunst auf der anderen Seite, sondern es gibt auch pornografische Kunst. »Hate Speech« ist bis zu einem gewissen Grad auch freie Meinungsäußerung. Die Grenze verläuft zwischen der Äußerung von Meinung und der Verletzung fremder Rechtsgüter, also von Persönlichkeitsrechten wie Ehre oder geschäftlichen Interessen.

Facebook hat seine eigenen Hausregeln, was das Löschen von Beiträgen anbelangt. Entsteht da nicht ein Parallelrecht, gegen das die deutsche Politik und Justiz vorgehen müssten?

Fischer: Facebook ist ein US-Unternehmen. Die amerikanische Kommunikationskultur neigt dazu, auf eine äußerst formalisierte Weise mit freier Meinungsäußerung umzugehen. Die Bedeutung von freier Rede in den USA ist größer als bei uns. Auf der anderen Seite betreiben sie eine mitunter hysterische Moralisierung von Äußerung, etwa was Nacktheit oder politische Korrektheit anbelangt. Aber ich glaube nicht, dass eine immer stärkere Überwachung von geäußerten Gedanken dazu geeignet ist, die Gedanken der Menschen zu disziplinieren und die Menschen zum Besseren zu erziehen.

In diesem Spannungsfeld von Freiheit und Erziehung wird auch diskutiert, ob die Anonymität im Internet abgeschafft werden sollte. Brauchen wir Klarnamen?

Fischer: Das ist eine im Grundsatz gute Idee. Man kann natürlich sagen, dass man auch anonyme Flugzettel von Autobahnbrücken werfen kann. In der analogen Kommunikation muss ich mich nicht zu erkennen geben. Die Anonymisierung des Sprechers hat im Internet aber eine besondere Bedeutung. Sie ist dazu geeignet, Grenzen zu untergraben, die ich für wertvoll halte.

Trotzdem würde die Aufhebung der Anonymität Dissidenten in Diktaturen oder bei uns Usern in Foren zum Thema Selbstmord oder Homosexualität viel Freiheit und Raum nehmen.

Fischer: Das ist ein gutes Argument. Die Sache ist schwierig. Die Aufhebung der Anonymität würde wahrscheinlich die »Hate Speech« zurückdrängen. In gewissem Umfang würde eine solche Regel die Freiheit des Austauschs aber beschränken. Betroffen wären Menschen, die Minderheitenthemen besprechen oder persönlich problematische Situationen. Ich glaube zudem, dass die Kontrolle schwierig wäre. Acht Milliarden Menschen auf der Welt können ja nicht permanent auf ihren Namen hin kontrolliert werden.

Die freie Meinungsäußerung ist auch an anderer Stelle bedroht. Im vergangenen Jahr wurden Journalisten der Onlineplattform netzpolitik.org wegen Landesverrat angezeigt. Sie hatten geheime Dokumente des Verfassungsschutzes veröffentlicht. Wie bedroht ist die Pressefreiheit von staatlicher Seite?

Fischer: Ich finde die Diskussionen um Pressefreiheit manchmal überzogen. Die geringsten Eingriffe werden behandelt, als ob es sich um verfassungsrechtliche Schwerverbrechen handelt. Es sollte möglich sein, ein Ermittlungsverfahren gegen die Betreiber einer Plattform zu eröffnen, die sich selber weniger als Journalisten denn als Aktivisten begreifen. Damit war noch kein Urteil ausgesprochen. Es muss möglich sein, dass Ämter, Behörden oder Entscheidungsträger unserer Demokratie bestimmte Informationen für geheim erklären.

Findet gerade ein Paradigmenwechsel von Freiheit zu mehr Sicherheit statt?

Fischer: Das glaube ich in der Tat. Das ist eine Entwicklung, die wir seit 30, 40 Jahren beobachten. Eine Gesellschaft ist immer ein Gesamtkunstwerk und die Verständigung darüber, was als Sicherheit und Friede angesehen wird, ändert sich ständig. Wir leben in einer Gesellschaft, die immer weiter in verschiedene Kulturen, Subkulturen und Szenen zerfällt. Die Gleichförmigkeit der Lebensentwürfe gibt es nicht mehr im selben Maß wie früher. Das bedeutet eine Erhöhung von Freiheit und zugleich von faktischer und gefühlter Unsicherheit. Dieser Entwicklung kann man nur begegnen durch eine Erhöhung des Drucks, etwa durch mehr Polizisten – oder durch eine Erhöhung der Kontrolle: Die Bürger legen ihr

gesamtes Leben für staatliche Sicherheitsbehörden offen.

Ist dieser Prozess umkehrbar?

Fischer: Jeder Prozess ist umkehrbar, wenn man es will. Aber nicht einfach so. Wenn die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung weiter so läuft wie bisher, ist er nur außerordentlich schwer umkehrbar. Die Grundbedürfnisse der Menschen nach Sicherheit und Überschaubarkeit kann man nicht innerhalb einer Generation rauszüchten. Im Augenblick werden grundlegende Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens infrage gestellt und neu verhandelt. Das erzeugt ein hohes Maß an Unsicherheit, verstärkt durch Terror, internationale Kriege und die Flüchtlinge.

Wer sind die größten Feinde der offenen Gesellschaft?

Fischer: Der größte Feind sind erstmal die Vertreter einer geschlossenen Gesellschaft, also einer Gesellschaft der Obrigkeit, des Fanatismus und des Rigorismus. Aber die Feinde der offenen Gesellschaft sind zugleich deren Mitglieder. Demokratie, Fortschritt und Aufklärung sind keine Automatismen, sie sind widersprüchlich und gefährdet. Gleichwohl gibt es eine Hoffnungstradition, die sagt: Die verantwortungsvolle Freiheit des Einzelnen ist so wichtig, dass wir die Gefahren, die in dieser liegen, in Kauf nehmen. Bildung, Rationalität und vor allen Dingen der offene Diskurs können dazu beitragen, dass Menschen zu einer friedlichen Gesellschaft zusammenfinden. Die Alternative wäre ein Rückfall in Gewalt.



© Ulrich Marx

Quell-URL: <http://www.bo.de/nachrichten/nachrichten/bgh-richter-thomas-fischer-warnt-vor-rueckfall-in-gewalt>